

Annkatrin Tritschoks / DRK



HUMANISTISCH ABSCHIEBEN
Zur Lage der Geflüchteten in Berlin.
(Seite 3)

Signa



SPEKULATIVE TRUTZBURG
Zum Karstadt-Neubau am
Hermannplatz
(Seiten 4-5)



Berliner Anstoß

ZEITUNG DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI (DKP) BERLIN

1 | 2023

**Rassismus im
Wahlkampf
Neuköllner
Silvesternacht**



Ulf Stephan / r-mediabase.eu

Nichts ohne Druck der Straße

Berlin vor der Wiederholungswahl

Von Johannes Tor

Am 12. Februar wird in Berlin gewählt. Die gerichtlich angeordnete Wiederholung der Wahl zum Abgeordnetenhaus hat das Potential, die aktuelle Koalition aus SPD, Grünen und Linkspartei zu beenden. Keineswegs ausgeschlossen ist, dass die CDU den nächsten Regierenden Bürgermeister stellt. Sollten Franziska Giffey oder die Grünen-Spitzenkandidatin Bettina Jarasch den Zugriff auf das Amt haben, ist keineswegs sicher, dass sie sich einmal mehr der Hilfsdienste der Linkspartei bedienen wollen, um erneut ins Rote Rathaus einzuziehen – Giffey wollte schon 2021 lieber mit der FDP koalieren, und die Grünen regieren aktuell in mehreren Bundesländern mit der CDU.

Alleiniges Ziel der Führung des Landesverbandes der Linkspartei ist die Fortsetzung der Koalition. Sie führt mit diesem Ziel einen Wahlkampf, in dessen Mittelpunkt sie soziale Themen stellt – und in dem sie versichert, für die Umsetzung des Volksentscheids kämpfen zu wollen, bei dem sich im September

2021 eine Mehrheit der Wähler für die Enteignung der Bestände großer profitorientierter Immobilienunternehmen ausgesprochen hatte.

Sie behauptet das, obwohl sie als Senatspartei seit 2021 SPD und Grünen Beihilfe bei der Verschleppung der Umsetzung dieses Volksentscheides leistete und weiter leistet. Sie hat – auch gegen nicht unerheblichen Widerstand in der eigenen Partei – einen Koalitionsvertrag unterschrieben, der zunächst eine »Expertenkommission«, in der Interessenvertreter der Immobilienkonzerne sitzen, langwierig darüber beraten lassen wollte, ob und in welcher Form der Volksentscheid umsetzbar ist. Nun nimmt sie jene Wählerinnen und Wähler, die den Volksentscheid umgesetzt sehen wollen, gleichsam in Geiselschaft: Wenig verklausuliert wird die Botschaft verbreitet, dass der Volksentscheid endgültig tot ist, sollte die Linkspartei nicht mehr Teil der Regierung sein.

Die eigentliche Lehre dieses Trauerspiels ist diese: Die anerzogene Fixierung auf Wahltermine muss, wenn in dieser Stadt etwas für die Mehrheit der Bevölkerung verändert werden soll, überwunden werden. Allein eine – möglichst

umfassende und anhaltende – Protestmobilisierung auf der Straße macht Gestalten wie Giffey, Geisel, Jarasch und Wegner nachdenklich. Und sie ermöglicht Erfolge wie den Volksentscheid – ihm ging eine breite Protestbewegung gegen den Mietenwahnsinn voraus, die das Thema gleichsam »von unten« auf die landespolitische Tagesordnung setzte. Und umgekehrt war es eine Ursache für den vorläufigen Erfolg des Senats beim Versuch, dessen Umsetzung zu verschleppen und am Ende ganz zu verhindern, dass es seit dem September 2021 keine weitere ernsthafte mietenpolitische Mobilisierung gegeben hat, die wirklich die Breite der Bevölkerung erfasst hätte – und das in einer Zeit flächendeckender Verteuerung der Lebenshaltung.

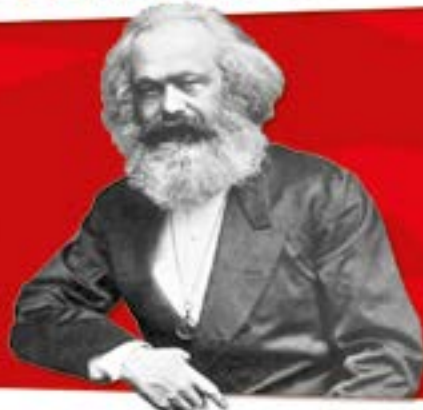
Die Berliner DKP kämpft auch im Jahr 2023 dafür, die Menschen in dieser Stadt zu mobilisieren – gegen den Krieg, gegen die flächendeckende Verarmung, gegen die endgültige Versenkung des Volksentscheids. Die Demonstration zur Erinnerung an die ermordeten KPD-Gründer Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, die am 15. Januar einmal mehr nach Friedrichsfelde führt, soll dafür der Auftakt sein.

Nach der Kölner Silvesternacht von 2015 gibt es jetzt endlich, endlich auch eine Neuköllner Silvesternacht. Dabei ist weniger das Ereignis selbst erwähnenswert als vielmehr die nachfolgende Debatte, deren Inhalt allerdings auch schon wieder vorhersehbar waren. Jugendliche böllern ohne Gnade, schieben brennende Müllcontainer auf die Straße und beschießen Polizei und Feuerwehr mit Knallkörpern. Nun wird das, was da geschehen ist, tatsächlich ein veritables Ärgernis gewesen sein. Doch es dauerte kaum 24 Stunden, bis aus Tätern Täter mit Migrationshintergrund wurden. Man müsse über diese Personen – »Phänotypus: westasiatisch, dunklerer Hauttyp« – sprechen, es gehe um »ungeregelte Migration« und »kulturelle Überfremdung«, tönte es im AfD-Sound aus Kreisen von CDU und FDP. Wer so schreibt, scheint anzunehmen, es liege dem »dunkleren Hauttyp« ganz einfach im Blut, über die Stränge zu schlagen. Wie nennt man so etwas? Richtig: Rassismus. Eine solche Zuschreibung verbitten sich diese Leute indessen. Können sie sich nicht einfach zu dem bekennen, was sie umtreibt? Menschen ins Land zu locken, um deren Arbeitskraft für geringen Lohn zu vernutzen, sie ansonsten in abgehängten Quartieren sich selbst zu überlassen, um sie dann, wenn sie sich für Ausbeutung und Segregation nicht auch noch bedanken, rassistisch stigmatisieren. So geht nämlich herrschende Politik, im Wahlkampf allemal. (jr)

ANZEIGE

VOLKSENTSCHEID 57,6 %

UND NIX PASSIERT!



ENTEIGNEN,

ABER RICHTIG!

**DIE KRISE HEISST
KAPITALISMUS!**

DKP
Deutsche Kommunistische Partei

KOMMENTAR

Vor den Neuwahlen
in Berlin



Für die eigenen
Interessen
stimmen

Von Stefan Natke
Vorsitzender der DKP Berlin

Nicht einmal andert-halb Jahre nach der letzten Wahl muss nun erneut über die Zusammensetzung des Berliner Abgeordnetenhauses abgestimmt werden. Nach teilweise chaotisch verlaufendem Wahlprozedere in etlichen Wahlbüros der Stadt, wurde die Neuwahl gerichtlich angeordnet. Der »Volksentscheid«, der im September 2021 ebenfalls zur Abstimmung stand, ist davon nicht berührt. 1.530.950 wahlberechtigte Berlinerinnen und Berliner, das waren 57,6 Prozent der abgegebenen Stimmen, hatten dafür votiert, große Immobilien-konzerne im Besitz von mehr als 3.000 Wohneinheiten in Berlin zu enteignen und in Gemeineigentum zu überführen. So eindeutig das Ergebnis auch war, sind bisher keinerlei konkrete Schritte zur Umsetzung dieses Wählerwillens erfolgt.

Sicher, das, was da als Enteignung firmierte, liefte bei Durchführung mutmaßlich auf einen völlig überbeurten Rückkauf jener Immobilien hinaus, die der frühere SPD-PDS-geführte Senat zu Spottpreisen verschleudert hatte. Und dennoch bleibt festzustellen, dass das »Volk« mit seinem »Volksentscheid« wieder einmal mächtig verschaukelt wurde. Zu keinem Zeitpunkt war von Seiten des Senats die ernsthafte Absicht erkennbar, politische Schritte gemäß den Bestimmungen des Volkse-ntscheids zu unternehmen.

Wie schnell derweil der Staat in die Verfügungsgewalt über Eigentum eingreifen kann, zeigte das Beispiel des Petrochemischen Kombinati in Schwedt mit seinem Mehrheitsaktionär, dem russischen Energiekonzern Rosneft, das unter Treuhandverwaltung gestellt wurde.

Der Protest gegen die Verarmungs- und Verschaukelungspolitik ist bisher allerdings verhalten ausgefallen. Gleichwohl haben sich in Berlin und in anderen Städten Bündnisse gegen die horrenden Preissteigerungen, gegen Wirtschaftskrieg, Inflation und Waffenlieferungen in Kriegsgebiete gebildet. Die Losung lautet: »Heizung, Brot & Frieden!«. Und am 12. Februar besteht die Möglichkeit, konsequente Vertreter der Interessen der arbeitenden Bevölkerung zu wählen. Wählen sie Kommunistinnen und Kommunisten, wählen sie die DKP

»Wir erleben einen Rechtsruck innerhalb der Linken«

Ein Gespräch mit der Stadtteilinitiative
»Hände weg vom Wedding«

Die Stadtteilinitiative »Hände weg vom Wedding« besteht jetzt seit gut zehn Jahren. *Erinnert ihr euch noch, wie alles angefangen hat? Wie kam es zur Gründung?*

Anfang des vergangenen Jahrzehnts spitzte sich die Frage um Wohnraum und Verdrängung in Berlin immer weiter zu. Hotspot dieser von den Berliner Landesregierungen politisch gewollten Verdrängungsprozesse war auch der Wedding. Aus dieser Situation heraus gründeten außerparlamentarische linke Gruppen und Personen 2012 »Hände Weg vom Wedding« zunächst als Kampagnenbündnis. Später veränderte sich das Ganze hin zu einer größeren Aktivisten-gruppe. 2017 setzte in der außer-parlamentarischen Linken eine Debatte um Basisorganisationierung ein, in die wir uns mit einem rätedemokratischen Organisationsmodell einbrachten. Mit der Veränderung erweiterten wir uns thematisch um die Themen Betriebskampf, Frauenkampf und Antimilitarismus. Heute verstehen wir uns als sozialistische Basisorganisation in der Tradition von Karl Marx und Friedrich Engels.

In eurem Selbstverständnis

Liebe Leserinnen und Leser des Berliner Anstoß,

die Erschütterungen auf dem Weltmarkt und die bedrohlichen Zuspitzungen in der Weltpolitik haben, das ist keine Überraschung, unerfreuliche Auswirkungen, die auch die Ebene der Städte und Kieze erreichen und den Lebensunterhalt der dort lebenden Menschen unmittelbar betreffen. Der als Reaktion auf die Inflation erwirkte Zinsanstieg und die nicht zuletzt infolge von Krieg und unterbrochenen Lieferketten gestiegenen Preise für Energie und Baumaterial bedeuten, dass viele sich kein Eigentum mehr leisten können oder von Bauprojekten zurücktreten und sich nach Mietwohnungen umschauen. Das erhöht den Druck auf den Mietenmarkt, lautet

Der *Berliner Anstoß* erscheint viermal jährlich und wird herausgegeben vom Landesverband Berlin der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP).

Kernredaktion: Toni Püschel (V.i.S.d.P.), Susanne Knüttler, Daniel Bratanovic



Schreibt ihr, der Widerstand gegen neoliberale Politik und Rechtsruck müsse vor der eigenen Haustür beginnen. Wie ist das gemeint?

Wir gehen davon aus, dass wir Teil der Arbeiterklasse und damit selbst Betroffene der arbeitereindlichen Politik des Berliner Parteientkartells sind. Davon ausgehend entwickeln wir unsere politische Praxis. Faschismus und Rechtsruck sind dabei für uns keine Phänomene die abseits der Verschlechterung von Lebensbedingungen im Viertel oder auf der Arbeit existieren. Wenn wir den Rechtsruck bekämpfen wollen, müssen wir die soziale Frage in den Mittelpunkt stellen und die Militarisierungspolitik der Landes- und Bundesregierungen anprangern.

Mit welchen Themen könnt ihr bei den Leuten anknüpfen?

Im vergangenen Jahr ist das Mietentema auch aufgrund des Ver-

rats der Linkspartei am Berliner Volksentscheid »Deutsche Wohnen und Co Enteignen!« gegenüber den Themen Corona, Inflation und Krieg ins Hintertreffen geraten. Nichtsdestotrotz ist das Problem infolge der durch die Sanktions- und Kriegspolitik der Bundesregierung gestiegenen Nebenkostenabrechnungen oder der grassierenden Wohnungslosigkeit weiterhin präsent. Außerdem bemerken wir, dass insbesondere in den Bereichen Gesundheit und Soziales der Unmut bei den Belegschaften in Berlin wächst. An alle diese Themen, die den Menschen im Kiez nur allzu bewusst sind, versuchen wir anzuknüpfen.

Trotz enormer Preissteigerungen bei gleichzeitigen Reallohnverlusten bleiben die großen Proteste bislang aus. Warum?

Das hat aus unserer Sicht mehrere Gründe. Bundes- und Landesregierung schaffen es, die selbstverschuldete Krise mit einzelnen Maßnahmen etwas abzufedern. Hinzu tritt eine Passivität der gesamten Linken. Die Corona-Pandemie hat sich für eine breitere gesellschaftliche Linke als verhängnisvoll erwiesen, da viele politische Zusammenschlüsse jede Form ihrer Arbeit einstellten. Dadurch schliessen Kontakte ein, Netzwerke lös-

die Erklärung bürgerlicher Ökonomen. Mit einer Vetterung von 8,3 Prozent sind die Angebotsmieten jedenfalls in keiner anderen Großstadt so stark gestiegen wie in der dicht besiedelten Mieterstadt Berlin. Kommt hinzu, dass bei vielen Bewohnern die Nebenkostenabrechnung für 2021 erst in den letzten Tagen des abgelaufenen Jahres ins Haus geflattert ist – verbunden mit einer gepfefferten Erhöhung der Warmmiete, die ab Februar 2023 zu zahlen ist. Viele Hausverwaltungen warten in diesem Zusammenhang mit der Empfehlung auf, für die Nebenkostenabrechnung 2022 schon mal umfangreiche Rücklagen zu bilden. Gleichzeitig bricht sich die Teuerungswelle in nahezu allen Lebensbereichen weiter Bahn.

Was droht, ist eine langfristige Verarmung breiter Teile der Berliner Bevölkerung. Vom Berliner Senat stehen, ganz gleich wie die Wiederholung der Wahl zum

ten sich auf, die Mobilisierungsfähigkeit nimmt bis heute immer weiter ab. Gleichzeitig bemerken wir einen Rechtsruck innerhalb der Linken weg von früher selbstverständlichen Positionen wie die Ablehnung von Krieg und Waffenexporten oder grundsätzlicher Staatskritik hin zu einer konformistischen Staatslinken, die unisono den verlogenen Menschenrechtskurs der Grünen mittragen. Durch diesen Rechtsruck ist die Linkspartei, vor allem aber auch die außerparlamentarische Linke, gelähmt und zerstritten in der Haltung zum Krieg in der Ukraine, der Sanktions- und Kriegspolitik der Bundesregierung und deren negative Auswirkungen auf die hiesige Arbeiterklasse. Das demobilisiert die Linke als Ganze.

Was sind heute die Aufgaben einer antimilitaristischen Bewegung?

Die Friedensbewegung verliert sich allzu oft in der Geopolitik. Sie muss die Friedensfrage stärker mit der sozialen Frage und folglich mit einer Klassenperspektive verbinden. Der Krieg in der Ukraine ist ein imperialistischer Krieg zwischen einer aggressiven NATO und einer aggressiver werdenden russischen Oligarchenklasse. Damit hat er Weltkriegspotential. Wer stirbt denn in der Ukraine? Das sind doch die Arbeiter aus Russland und der Ukraine. Wer profitiert? Das sind die russischen und ukrainischen Oligarchen, die herrschenden Klassen der NATO-Staaten, vor allem die Waffenindustrie. Für uns ist es unerheblich, wer den Krieg begonnen hat und wer ihn beenden wird. Wichtig ist aber aus unserer Sicht, dass der Krieg ein Krieg gegen die internationale Arbeiterklasse ist und dass wir für internationale Solidarität statt nationalistischer Kriegspolitik hier oder dort einstehen müssen. Dieser Aspekt kommt uns bei viel zu vielen Genossen in der Friedensbewegung viel zu kurz.

Abgeordnetenhaus am 12. Februar auch immer ausgehen mag, kaum Maßnahmen wenigstens zur Linderung der Lage zu erwarten. Denn das würde bedeuten, in die Verfügungsgewalt der großen Immobilien-eigentümer wirksam einzugreifen. Wo dies zaghaft geschehen ist, etwa in Gestalt eines Mietendeckels oder des Milieuschutzes, stellte die hiesige Rechtsprechung einmal mehr unter Beweis, in wessen Interesse sie Urteile fällt. Gegen diesen Befund hilft der Druck der Straße – gegen die Verarmung und den laufenden Wirtschaftskrieg. Dazu braucht es regelmäßige Aufklärung und Agitation. Dies in bescheidenem Maße zu leisten, ist der Anspruch dieser Zeitung. Wir gehen mit dieser Ausgabe nunmehr ins vierte Jahr und haben nicht vor, es zum letzten werden zu lassen. Bleiben Sie uns gewogen.

Ihr Kollektiv des Berliner Anstoß

Adresse von Redaktion, Herausgeber und Verlag: DKP Berlin, Franz-Mehring-Platz 1, Büro 551/552, 10243 Berlin
CommPress Verlag GmbH;
Hoffnungstraße 18, 45127 Essen
Telefon: 030 – 29 78 31 32
Mail: anstoss@dkp.berlin

Verbreitete Auflage dieser Ausgabe: 25.000 im Raum Berlin
Druck: Union Druckerei Berlin
Verwaltung GmbH
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 6. Januar 2023. Die nächste Ausgabe erscheint am 15. April 2023

Dieses Projekt wird über Spenden finanziert:
Bitte nutzen Sie das Konto der DKP Berlin (BIC: BELADEBE),
IBAN: DE94 1005 0000 0043 4131 37
Verwendungszweck: Anstoß



Von Carmela Negrete

Berlin hat ein gewaltiges Problem, das vorhersehbar war. Jeden Monat erreichen Tausende Flüchtlinge auf der Suche nach Schutz die Hauptstadt, und trotz der Erfahrungen von 2015 nimmt die Unterbringung wieder einmal chaotische Züge an. Ohne privates Engagement und die Initiativen von Vereinen wäre das Problem sogar ungleich größer. Etliche Berlinerinnen und Berliner haben vor dem Kriegsgeschehen in ihrem Land geflohene Ukrainer privat aufgenommen. Sie gingen davon aus, dass es sich um eine temporäre Lösung handeln würde. Doch die Unterbringungsmöglichkeiten haben sich seit dem vergangenen Februar verschlechtert. Derzeit müssen viele geflüchtete Menschen erneut in Zelten oder in den Hangars der ehemaligen Flughäfen Tempelhof und Tegel ausharren, ein Umstand, der schon in der Vergangenheit für erhebliche Misstände gesorgt hat.

Der Berliner Flüchtlingsrat hat deshalb Ende Dezember dem Senat einen Brandbrief geschrieben: Die Massenunterkünfte seien »menschenunwürdig«, Privatsphäre sei so gut wie nicht vorhanden. Einander fremde Menschen müssten in Doppelstockbetten schlafen, die lediglich von Gardinen getrennt seien. Diese Orte böten keinen sicheren Platz, insbesondere nicht für traumatisierte Kinder und Frauen. Vielmehr würden sich dort Krankheiten ausbreiten, während die Möglichkeit zum Kochen »selbst von Babynahrung« bisweilen nicht vorhanden sei, wie der Flüchtlingsrat zusammen in einem mit anderen Initiativen Ende November veröffentlichten Papier unter dem Titel »Wohnungen statt Zelte und Hangars« schreibt.

Angaben der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales gegenüber dem *Berliner Anstoß*

Aufklärung statt Propaganda

75 Ausgaben für 75 Euro*

* Aktionskarte ändert automatisch, muss nicht abbestellt werden.

jungewelt.de/aktionsabo | 030 / 53 63 55-80 | abo@jungewelt.de

»Humanistisch« abschieben

Der Berliner Senat setzt auf Massenunterkünfte für Flüchtlinge. Hilfsvereine fordern dagegen die Unterbringung in Wohnungen.



Ankunfts-zentrum für Geflüchtete aus der Ukraine in Berlin Tegel

zufolge haben im November 2022 drei Mal so viele Menschen in Berlin Asyl beantragt wie im Vorjahresmonat. Auffällig ist dabei, dass von 87 Prozent der in diesem Zeitraum eingereisten 1.570 Menschen nicht aus der Ukraine kommen, sondern aus der Türkei, aus Syrien und Afghanistan, aus Moldau, Georgien, Russland, Vietnam, Iran und Serbien. In Berlin haben seit dem Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine 85.000 ukrainische Flüchtlinge einen Aufenthaltstitel für Ber-

lin erhalten. Bürgermeisterin Franziska Giffey von der SPD hatte sich damit gebrüstet, mehr als 360.000 Hunderten Bewohnern, darunter Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine in Berlin »erstversorgt« zu haben. Von der Versorgung zur Wohnung zur Integration – das war das Versprechen, das die Berliner Landesregierung in ihrem Koalitionsvertrag gegeben hatte. »Die Koalition will Geflüchteten ein selbstbestimmtes Leben in Wohnungen ermöglichen und auch bei der Unterbringung ein größtmögliches Maß an Selbst-

bestimmung und Privatsphäre gewährleisten«, heißt es darin. Und einige Zeilen weiter: »Es wird angestrebt, Unterkünfte mit Mehrbettzimmern, Gemeinschaftsbädern und -küchen hin zur Apartment- oder Wohnungsstruktur umzubauen.« Außerdem steht da zu lesen: »Eine Doppelbelegung in Einzelzimmern wird vermieden. Familien sollen ohne familienfremde Personen in Apartments untergebracht werden.« Tatsächlich aber erfolgt die lediglich bekannte Methode der Massenunterbringung.

Auch deshalb fordern Vereine, darunter der Flüchtlingsrat, dass Geflüchtete in Wohnungen unterkommen können. Viele Familien mit Kindern leben schon seit Jahren in Sammelunterkünften. Aus dem von der bürgerlichen Presse gelobten Modularbauten könnten somit langfristig periphere Siedlungen werden, die wenig Aussicht auf Integration bieten. »MUF für hundert Jahre«, titelte die Architekturzeitung *Bauwelt*. MUF steht für »Modulare Unterkünfte für Flüchtlinge«, und solange diese Menschen in keine normalen Wohnungen einziehen dürfen, bieten sie derzeit, so bitter das klingt, tatsächlich die beste Lösung. Dabei ist das Leben dort alles andere als entspannt. Denn ohne normalen Mietvertrag können sie jederzeit an einen anderen Ort verlegt werden, wie es im April 2022 Hunderten Bewohnern, darunter Ortskräften aus Afghanistan, in Reinickendorf geschehen ist. Nachdem einige dort jahrelang gelebt hatten, mussten sie damals binnen 48 Stunden alles räumen, um Platz für ankommende ukrainische Flüchtlinge zu schaffen (der *Berliner Anstoß* berichtete).

»In den Einrichtungen des Landesamtes für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF) leben derzeit mehr als

30.000 geflüchtete Menschen – so viele Plätze gab es bisher nicht in der Geschichte des LAF«, sagt ein Sprecher zum *Berliner Anstoß*. Man wolle die Flüchtlinge nicht in temporären Unterkünften unterbringen, sondern fordere »Wohnungen für alle«. Der Senat sagt indes, es gibt diese Wohnungen nicht. Der Wohnungsmarkt sei »sehr angespannt, so dass es leider nicht möglich ist, dass geflüchtete Menschen in Berlin problemlos in eine Wohnung ziehen können«. Man arbeite daran, dass alle »ankommenden Geflüchteten eine sichere Unterkunft« erhalten, um sie somit »vor Obdachlosigkeit zu schützen«. Das sei »harte Arbeit, der wir uns Woche für Woche stellen, weil es unsere humanistische Pflicht ist«.

In der Tat, Wohnungen in Berlin fehlen en masse, das weiß jeder, dessen Mietvertrag wegen angekündigter Luxussanierung gekündigt wurde. Wie wichtig die Lösung dieses Problems für den Berliner Senat ist, zeigt sich am Bau neuer Wohnungen: Das überschaubare Ziel von 20.000 neu zu bauenden Wohnungen wird 2023 nicht erreicht werden, räumte der amtierende Bausenator Andreas Geisel (SPD) gegenüber der Nachrichtenagentur *dpa* ein. Schuld seien der vielbeschworene Fachkräftemangel sowie die steigenden Kosten für Baumaterialien und Energie. Für Flüchtlinge baut die Stadt zur Zeit »modulare Wohnungsbauten«, davon aber zu wenige, die zudem erst Ende 2023 fertig sein werden. Deshalb plädiert die Sozialsenatorin Katja Kipping buchstäblich für eine Verschiebung des Problems. Die Flüchtlinge sollen auf »Flächenländer« verteilt werden, da »Grund und Boden in Städten deutlich begrenzter« sei, sagte sie im Interview mit der *Berliner Morgenpost*.

ANZEIGEN



Egon Krenz
Erinnerungen
Erster Band 1937-1973

Überall im Buchhandel und über
www.eulenspiegel.com

edition ost

Der Schmierlapp
René Benko
kauft Berlin

Ein großes Privatvermögen wird je ohne den Einsatz gewisser extralegalen Mittel zusammengerafft, kein solches Vermögen erhält oder vergrößert sich, ohne unerlaubte Einflussnahme auf den Staat und dessen Kulis. Von derart verleumderischer und neiderfüller Behauptung wird nichts halten, wer René Benkos Bilderbuchkarriere als eine einzige Erfolgsgeschichte feiert, die so nur der Kapitalismus erzählen kann: vom Schulabbrecher zum Selfmademilliardär in gerade einmal zwanzig Jahren. Benko, das ist der Mann, dessen Signa-Holding in Deutschland über die Galeria Karstadt Kaufhof GmbH gebietet, die sie zielsicher in Schiefelage manövrierte, um anschließend zur »Rettung« des Warenhauskonzerns insgesamt knapp 700 Millionen Euro vom deutschen Fiskus zu empfangen. Anfang Februar 2022 kam der Verdacht auf, dass ein Gutteil dieser Staatsknete als Gewinn an die Eigentümer ausgegütet worden sein könnte. Ein solches Verhalten wäre nicht zuletzt gegenüber den verbliebenen 17.000 Mitarbeitern schäbig und ist unserem Innsbrucker Ehrenmann, der nach eigener Angabe den Grundstein seines Vermögens legte, indem er Dachböden zu Luxuswohnungen ausbauen ließ, schlicht nicht zuzutrauen. Dass Benko 2014 letztinstanzlich wegen des Versuchs, den kroatischen Premierminister zu bestechen, verurteilt wurde? Geschenkt. Dass der Strizzi Heinz-Christian Strache 2017 im »Ibiza-Video« behauptet hatte, Benko habe einen Tarnverein zur finanziellen Unterstützung seiner rechtsextremen FPÖ großzügig mit Geldern bedacht? Einfach nicht wahr. Dass jetzt die österreichische Staatsanwaltschaft gegen ihn ermittelt, weil er den ranghöchsten Finanzbeamten der Alpenrepublik wegen Steuerangelegenheiten geschmiert haben soll? Eine Pettesse. So ein ausgefuchster Tausendassas soll ruhig weiter die halbe City West nach seinem Gusto zurichten, am Alexanderplatz seinen Turm ersten lassen und am Hermannplatz eine Trutzborg errichten. So einer hat den Segen des Berliner Senats. So einen honorigen Investor braucht die Stadt. (jr)

Spekulative Trutzborg

Verhängnisvolle Wertanlage. Am Hermannplatz soll das große Karstadt-Gebäude der 1920er Jahre in alter Pracht wiedererstehen.

Von Jakob Renard

Das Warenhaus stirbt einen langsamen Tod. Ende Oktober 2022 beantragte der letzte große Warenhauskonzern des Landes zum zweiten Mal binnen zweier Jahre vorläufige Insolvenz. Der Vorsitzende der Galeria Karstadt Kaufhof GmbH kündigte an, jede dritte ihrer deutschlandweit noch 131 Filialen dicht zu machen, betriebsbedingte Kündigungen seien unvermeidbar. Dabei waren 2021 und 2022 insgesamt 680 Millionen Euro an Staatsmitteln an den Konzern geflossen, der sich im Alleinbesitz der Signa-Holding des österreichischen Milliardärs René Benko befindet. Bereits im Sommer 2020 hatte sich das Unternehmen in ein Schutzschirmverfahren begeben, infolge der Sanierung genannten Maßnahmen Tausende Mitarbeiter aufs Pflaster geworfen und 40 Filialen geschlossen. Für das vage Versprechen, drei Karstadt-Filialen in Berlin (in den Ortsteilen Charlottenburg, Wedding und Tempelhof) eine jetzt auslaufende Gnadenfrist von weiteren drei bzw. fünf Jahren zu gewähren, hatte sich die Signa-Holding seinerzeit vom Senat unter Umgehung bezirklicher Belange die Zusage ausbedungen, die Karstadt-Häuser am Kurfürstendamm und am Hermannplatz komplett neu bauen zu dürfen. Derweil scheint die Schließung der Häuser am Leopoldplatz und in der Wilmsdorfer Straße inzwischen ausgemacht zu sein. Für den Standort im Wedding verspricht der Eigentümer floskelhaft ein »Kaufhaus der Zukunft« zu errichten und lobte dafür unlängst einen Architekturwettbewerb aus. Dem Warenhaus in Charlottenburg steht dagegen der Abriss bevor. An seiner Stelle sollen Geschäftsgebäude und Wohnhäuser entstehen. Am Hermannplatz, an der Grenze zwischen



Neukölln und Kreuzberg, plant Benkos Holding schon seit längerem, das zwischen 1927 und 1929 errichtete und von SS-Truppen im April 1945 gesprengte Karstadt-Haus in seiner historischen Gestalt wiederaufstehen zu lassen. Noch Ende dieses Jahres soll mit dem Bau begonnen werden. Abgesehen von der betrüblichen Feststellung einer generell niederschmetternden stadtplanerischen Einfallslosigkeit zwischen penibler Rekonstruktion und feindseliger Schießschartenarchitektur (auf das Berliner Schloss trifft nun gleich beides zu), dürfte der kolossale Neubau die Gentrifizierung des Kiezes weiter beschleunigen, aber mit dem überkommenen Warenhaus nicht viel mehr gemein haben als den Standort. Damals, 1929, stellte Karstadts Konsumkathedrale am Hermannplatz alle anderen in den Schatten. »Die Warenhaus träumer träumen von einem Wolkenkratzer. Und so bauten sie eines Tages das ganz große Warenhaus

(...). Die alten und nur großen Warenhäuser sind klein dagegen und beinahe simple Kaufläden«, notierte der Schriftsteller Joseph Roth Anfang September 1929 in den *Münchner Neuesten Nachrichten*. Doch das »ganz große Warenhaus«, bei seiner Fertigstellung das größte Europas, in seinem architektonischen Stilgemisch aus Neugotik, Expressionismus und Art déco, mit seinen beiden trutzig drohenden Türmen samt Lichtsäulen obendrauf stand unter keinem guten Stern. Gut sechs Wochen nach Roths Artikel, am 24. Oktober, dem Black Thursday, krachte an der Wall Street die Börse zusammen. Die Schockwellen erreichten Europa und drückten auch die Rudolph Karstadt AG an den Rand des Bankrotts. Die infolge der Weltwirtschaftskrise in Massen erwerbslos gewordenen Proletarier Neuköllns und Kreuzbergs fielen als Kundschaft der Flaggshiffiliale am Hermannplatz aus. Das ursprüngliche Haus stand kaum 15 Jah-



Vorwärts in die Vergangenheit. So soll die Wuchtbrumme am Hermannplatz einmal aussehen

re, das neue, das nach dem Willen eines Milliardärs bis 2027 in alter Herrlichkeit erstehen soll, wäre, wenn es denn dereinst errichtet sein wird, kein überkommenes Warenhaus mehr, das als Typus der Warendistribution aus der Zeit gefallen zu sein scheint. Die rastlose Bewegung der Kapitalakkumulation hat neue Formen geschaffen. Und im gegenwärtigen Stadium des fortschreitend vor sich hin wesenden Kapitalismus sind Grund und Immobilie kaum mehr das Mittel zum Zwecke einer Unternehmung, sondern immer häufiger der Zweck selbst. Mit der Usurpation des Grund- und Immobilieneigentums verwerten Kapitalgesellschaften – Immobilienfonds bzw. Real-Estate-Investment-Trusts – das eingesetzte Kapital, indem sie auf steigende Bodenrenten in den Städten spekulieren. Der Betrieb eines zentral gelegenen Warenhauses gerät demgemäß bestenfalls zur lästigen Nebensache, derer man sich schnell zu entledigen hat, da sie die Renditeerwartung dämpft. Immobilien und Warenhausunternehmen sind im vorliegenden Falle gesellschaftsrechtlich voneinander getrennt, die Signa Holding verlangt von ihrer eigenen GmbH, der Galeria Karstadt Kaufhof, horrenden Mieten. Der Ruin ist kalkuliert, was zählt sind Grundstück und Immobilie, nicht die jeweilige Nutzung. Was mit Sicherheit für die restlichen Filialen in Berlin gilt, trifft allerdings auch auf das Neubauprojekt am Hermannplatz zu. Zwar soll die bisherige Verkaufsfläche von rund 23.000 Quadratmetern nach aktuellem Planungsstand einstweilen erhalten bleiben. Wichtiger aber dürften die 45.000 Quadratmeter Bürofläche sein, die im Zuge der auf Vorkriegshöhe ge-

planten Aufstockung des Gebäudes um drei Etagen vorgesehen sind. Dem Warenhaus wird ein Bürostandort aufgepropft, der sicher nicht in der Bereitstellung von zusätzlichen Arbeitsplätzen seinen Nutzwert hat, wie Befürworter des Projekts aus dem politischen Betrieb glauben machen wollen, sondern einen reinen Spekulationswert besitzt. Das Haus ist eine attraktive Wertanlage, und es spielt dabei im Grunde keine Rolle, ob auf 23.000 Quadratmetern Waren verkauft werden, Schlittschuh gelaufen wird oder rein gar nichts geschieht. Höchstens umgekehrt, insofern der Warenhausbetrieb Personalkosten verlangt und womöglich Verluste erwirtschaftet. Dabei ist schon die bloße Baugenehmigung nicht vor allem die amtliche Erlaubnis zum Spatenstich, sondern die an den Märkten handelbare Beglaubigung einer Wertsteigerung des Grundstücks. Und diese Wertsteigerung strahlt ab, der Bodenwert steigt auch in der Umgebung erheblich, was sich in letzter Konsequenz in erhöhten Mieten niederschlägt. Die herrschende Politik auf Senatsebene mag sich dieser Implikationen bewusst sein oder auch nicht, sie räumt jedenfalls Benkos Holding den Weg gegen sämtliche Widerstände frei und verweist mantraartig auf die angeblich segensreichen Vorteile, die das Vorhaben mit sich bringe: die Schaffung von Arbeitsplätzen, 4.100 Quadratmeter »bezahlbarer Wohnraum«, 4.500 Quadratmeter Fläche »für Gemeinwohl«, eine künftige »Nutzungsvielfalt«, eine »öffentliche Dachterrasse ohne Konsumzwang«.

Wer solche Vorzüge für die Stadt nicht anerkennen mag, miesepetrig Einwände vor-

bringt oder der Sache gar qua politischer Kompetenz die Zustimmung verweigert, wird abgeräumt: Ende August 2019 hatten die Stadtentwicklungsämter von Friedrichshain-Kreuzberg und Neukölln Signas Neubauprojekt abgelehnt. Berlins damaliger Regierender Bürgermeister Michael Müller (SPD) befand daraufhin lapidar, es sei nicht akzeptabel, »wenn einfach von heute auf morgen eine hohe dreistellige Millioneninvestition vom Bezirksamt abgesagt wird. Das geht so nicht.« Im August 2020 – unter der Ägide des seinerzeit amtierenden Stadtentwicklungsensors Sebastian Scheel (Linke) – verwies der Senat die Bezirke auf die Plätze und zog das Verfahren wegen seiner »gesamtstädtischen Bedeutung« an sich. Gut möglich also, dass noch in diesem Jahr mit dem Abriss des bisherigen Gebäudes und dem Neubau der alten Trutzborg – immerhin klimafreundlich, wie es heißt – begonnen werden wird. Komplikationen scheinen dabei schon ausgemacht. Verkehrsverwaltung und BVG warnen vor möglichen Schäden an den U-Bahn-Tunneln der Linien U7 und U8, die sich am Hermannplatz kreuzen. Etwaige »Setzrisse« in den Schächten könnten eine Unterbrechung des U-Bahn-Verkehrs nach sich ziehen. Dass solch ein Szenario nicht abwegig ist, zeigt die Errichtung eines Hochhauses am Alexanderplatz im Auftrag des Immobilienunternehmens Covivio. Im Zuge der Bauarbeiten sackte der Tunnel der Linie U2 um mehrere Zentimeter ab, der Verkehr läuft infolgedessen seit Oktober des vergangenen Jahres nur noch eingeschränkt, und zwar auf »unbestimmte Zeit«.

Karstadt erhalten
Forderungen der »Initiative Hermannplatz«



Der Immobilienkonzern Signa plant, das Karstadt-Gebäude am Hermannplatz abzureißen und einen riesigen Betonneubau zu errichten. Für uns alle bedeutet das: Fünf bis zehn Jahre Großbaustelle am Hermannplatz und fünf bis zehn Jahre kein Warenhaus. Arbeitsplatzverlust für alle Beschäftigten im Gebäude und im Umfeld. Noch mehr Spekulation und Verdrängung von Bewohner*innen und Kleingewerbe. Mehr CO₂, Müll und Raubbau an der Natur. Wir lassen nicht zu, dass Kreuzberg und Neukölln den Interessen eines milliarden schweren Konzerns zum Opfer fallen. Wir möchten, dass der Hermannplatz und seine Umgebung unser Kiez und unser Zuhause bleiben. Wir brauchen keinen riesigen Neubau mit Hotels, überteuerten Büroräumen und Luxuswohnungen!

Wir fordern daher:

- Den Erhalt und ökologisch sinnvollen Umgang mit dem Karstadt-Gebäude
- Die Absicherung der Arbeitsplätze und Gewerbe im Gebäude und in der Umgebung
- Eine Stadtentwicklung, die die Interessen aller Kiezbewohner*innen in den Vordergrund stellt
- Schutz, Raum und Respekt für diskriminierte, geflüchtete, arme und wohnungslose Menschen
- Neuen Wohnraum für bereits aus der Nachbarschaft Verdrängte

Wir wollen weiterhin auf dem Hermannplatz abhängen, liegen, sitzen, plaudern, pöbeln, lieben, demonstrieren, weinen, essen, trinken, rülpfen, lachen, streiten, tanzen und motzen können ohne beobachtet, verurteilt und ausgegrenzt zu werden. Wir nehmen uns das Recht auf Stadt und träumen von einer besseren Welt.

KAZ-Ausgabe 381
mit folgenden Themen:

Berlin 2022 – 100.000.000.000

Außerdem u.a.: Solidarität mit dem Selenski-Regime?

KAZ erscheint vierteljährlich Einzelheft 1,50 € Jahresabo 10,00 €

Gruppe Kommunistische Arbeiterzeitung (KAZ)
Postfach 1210182
90009 Nürnberg
Tel.: 0911 / 354 913
www.kaz-online.de email: gruppeKAZ@kaz-online.de

T-Shirts • Kapuzenpullover • Halstücher • Fahnen
Bücher • Broschüren • Kaffeebecher • Taschen •
CDs • DVDs • Antiquariat und vieles mehr

Mail: shop@unsere-zeit.de | Tel.: 0201 17788925

Klaus Eichner
Der Kampf der USA um eine neue Weltordnung

Überall im Buchhandel und über www.eulenspiegel.com

edition ost

unsere zeit
Sozialistische Wochenzeitung – Zeitung der DKP

Sagen was ist:
»Die UZ ist ein Instrument, um das gegenwärtige Herrschaftssystem, den Imperialismus, zu begreifen und Strategien der Gegenwehr zu entwickeln«

Für Euch kostenlos: 6 Wochen kennenlernen – digital und Print
unsere-zeit.de
QR Code
lesen abonnieren verbreiten

PapyRossa Verlag | www.papyrossa.de

Beat Schneider
Chinas langer Marsch in die Moderne
Zwanzig nicht-eurozentristische Thesen

Menschenrechte, Uiguren und Taiwan, digitale Überwachung – wie berechtigt sind die Vorwürfe im Westen? Ist Xi Jinping wirklich ein zweiter Mao? China und der Westen – wer bedroht wen? Droht die Gegnerschaft der USA in einen heißen Krieg zu münden? Beat Schneider geht den zentralen Fragen zur neuen Weltmacht nach.

ISBN 978-3-89438-792-1 | 333 Seiten | € 22,90

Wolfgang Gehrcke / Christiane Reymann (Hg.)
Ein willkommener Krieg?
NATO, Russland und die Ukraine

Mit einem Vorwort von Oskar Lafontaine, einem Interview mit Gabriele Krone-Schmalz sowie Beiträgen von Sevim Dagdelen, Daniela Dahn, Eugen Drewermann, Wolfgang Gehrcke & Christiane Reymann, Jörg Goldberg, Lühr Henken, Andrej Hunko, Jörg Kronauer, Norman Paech, Werner Rügemer, Gerd Schumann, Ekkehard Sieker und Lucas Zeise.

ISBN 978-3-89438-801-0 | 231 Seiten | € 14,90

ANZEIGEN



Prima Klima in Berlin
Zum anstehenden Volksentscheid

Wenn am 12. Februar endlich wieder einmal gewählt werden darf, steht neben der Abstimmung über die Zusammensetzung des Berliner Abgeordnetenhauses und der Bezirksverordnetenversammlungen noch etwas anderes zur Entscheidung.

In Zeiten, in denen auf Versprechen der Parteien kein Pfifferling zu geben ist, wächst in dieser Stadt die Neigung, die Sache per Volksentscheid selbst in die Hand zu nehmen. Am 26. September 2021 konnte per Wählervotum über die Enteignung großer Immobilienkonzerne abgestimmt werden. Falls in Ihrem Wahllokal alle Formulare vorhanden waren: Das war der ganz kleine, unauffällige Zettel. Bei allem Chaos: 57,6 Prozent der Berlinerinnen und Berliner stimmten für den Volksentscheid. In Berlin-Neukölln sogar mehr als 80 Prozent. Doch wer geglaubt hatte, so ein Volksentscheid sei ein mächtiges Mittel zur Durchsetzung der eigenen Interessen, musste feststellen: Das Votum hatte keine Folgen. Wirklich keine? Ach ja – es gibt eine Expertenkommission.

Dieses Mal soll dieses Ziel per Plebiszit erreicht werden: »Berlin 2030 klimaneutral«. Der Berliner Senat soll damit verbindlich darauf festgelegt werden, die Stadt nicht erst, wie die offizielle Zielsetzung lautet, bis 2045 weitgehend klimaneutral zu gestalten, sondern schon bis 2030. Jeder, der halbwegs wachen Auges ist, weiß ganz sicher: je eher das geschieht, desto größer die Chance, eine Katastrophe noch abwenden zu können. Aber wie nun? Durch wen? Sicher, alles spricht für den Volksentscheid. Aber wann können die Berliner dann auf genaue Festlegungen hoffen? Wird der Beschluss des Volksentscheids in der gleichen Schublade verschwinden wie der vom September 2021? Gut bewacht von einer Expertenkommission?

Der Kampf um unser Klima, um unsere Gesundheit und um die Lebensqualität in unserer Stadt wird wohl doch dort geführt werden müssen, wo Kämpfe gesehen und gehört werden – auf den Straßen von Berlin. (Ilo)

Wende oder Aktionismus?

Zur Verkehrspolitik des amtierenden Berliner Senats

Von Rainer Perschewski

Verkehrspolitik kann, entsprechend ausgerichtet, nicht nur einen wesentlichen Beitrag für eine nachhaltige Klimapolitik leisten, sondern greift auch tief in den Alltag der Menschen ein. Nicht umsonst haben die meisten Parteien sie als einen ihrer Schwerpunkte benannt. Die Berliner Regierungsparteien von SPD, Linken und Grünen widmeten dem Thema Mobilität einen der umfangreichsten Abschnitte im Koalitionsvertrag. 13 Monate nach der Unterzeichnung muss die Berliner Wahl zum Abgeordnetenhaus wiederholt werden. Für die Wahlberechtigten auch eine Chance die Politik der Berliner Koalition zu bewerten.

Die Eisenbahn- und Verkehrs-gewerkschaft (EVG) erkennt in dem Koalitionsvertrag Licht und Schat-ten. Licht, weil eindeutig auf den ÖPNV bzw. den Schienenverkehr gesetzt wird. Schatten, weil im Koalitionsvertrag weiterhin auf Aus-

schreibungen gesetzt wird, ohne dabei die sozialen Auswirkungen im Blick zu haben. Das Vergabe-recht hinkt immer noch den Mög-lichkeiten hinterher. Vieles, was im Koalitionsvertrag genannt wird, kommt über Absichtserklärungen und Prüfaufträge, die auf ihre Umsetzung warten, nicht hinaus. Andere Akteure, wie der Bund für Umwelt- und Naturschutz (BUND) sehen »zarte Pflänzchen« aber nur ein »Vorwärts in Trippelschritten«. Fortschritte seien zwar im Rad-verkehr zu erkennen, aber keine bei Bussen und Tram. In Sachen U-Bahn haben »Ausbauräume« Konjunktur und bei S-Bahnen und im Regioverkehr sind Rückschritte aufgrund des Personalmangels zu verzeichnen.

Die Vorgehensweise des Berliner Senates ist kritisch zu bewerten. Die mit großem Medienrummel betriebene Förderung des Rad-verkehrs ist auch ein Beispiel da-für, wie man durch eine einseitige aktionistische Verkehrspolitik die Menschen gegen sich aufbringt. Neue Radwege, Sperrungen von

Straßen zugunsten von Fußgän-gern oder Spielmöglichkeiten, sind bei gutem Wetter zwar lobens-wert, aber ohne Alternativen für parkende Autos bei gleichzeitigem Ausbau des ÖPNV nur schwer ver-mittelbar. Eine Möglichkeit, wie die Menschen zur Nutzung des ÖPNV animiert werden könnten, zeigte das – nicht vom Senat initiierte – »9-Euro-Ticket«. Der niedrige Preis für ein bundesweit nutzbares Nah-verkehrsticket setzte einen Mas-senansturm auf den ÖPNV in Gang – auch wenn der Hintergrund hier nicht der Klimaschutz war, sondern die aufgrund des durch den Wirt-schaftskrieg gegen Russland aus-gelösten Energiepreisteigerungen. Diese durchaus sinnvolle Maßnah-me traf jedoch auf eine von der Po-litik des Bundes und der Länder he-runtergewirtschaftete Infrastruktur und auf zu niedrige Kapazitäten, aufgrund des vorherrschenden Wettbewerbsdogmas. Immerhin löste das günstige Ticket eine Dis-kussion um die Tarifgestaltung des ÖPNV aus, und ab diesem Frühjahr wird es ein, allerdings längst nicht

mehr so günstiges, Nachfolgepro-jekt geben.

Am wenigsten konkret bleiben jedoch die im Koalitionsvertrag festgehalten Aussagen zum Wirt-schaftsverkehr, und folglich ist hier auch am wenigsten geschehen. Eine Reform des Waren- bzw. Lie-ferverkehrs bietet neben der Redu-zierung des motorisierten Indivi-dualverkehrs die größtmöglichen Klimaschutzwirkungen. Hierzu ist es allerdings erforderlich, dass eine Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene wiederbelebt wird. In den letzten Jahrzehnten sind die meisten in-nerstädtischen Güterbahnhöfe ge-schlossen und abgerissen worden. Nach den Vorschlägen der EVG bietet sich durch die Schließung des Flughafens Tegel und durch die Reaktivierung des Containertermi-nals an der Frankfurter Allee die Möglichkeit, Güterverkehrszentren wieder in die Stadt zu holen. Das letztgenannte Gelände befindet sich sogar noch im Eigentum der DB AG. Eine Umsetzung würde jedoch bedeuten, auch in die Be-triebsabläufe der Unternehmen einzugreifen. Damit tut sich dieser Senat trotz der Beteiligung einer Partei »Die Linke« offensichtlich schwer, wie der Umgang mit dem Volksentscheid zur Enteignung von Wohnungsunternehmen zeigt.

➊ Weitere Infos für eine soziale und nachhaltige Ver-kehrspolitik: www.ev-g-on-line.org/meldungen/details/news/positions-papier-der-evg-berlin-zur-regionalen-verkehrspolitik-10297/



Berliner Kliniken vor dem großen Kahlschlag

Viele Hoffnungen waren verbunden mit den Er-gebnissen der neuesten Gesundheitsreform. Als »kleine Revolution« angekündigt, zeigt sich dagegen jetzt, dass sie Pro-bleme verlagert und neue schafft, aber keines wirklich löst.

Berlin hat Stand 2019 20.498 Betten für die vollstationäre Ver-sorgung in insgesamt 87 Klini-ken. Gemessen an der Gesamt-bevölkerung ist die Bettenzahl seit 1999 um mehr als 20 Prozent gesunken. Und das bei geringe-rer Verweildauer und gestiege-ner Fallzahl. Die seit 2003 ein-geführten Fallpauschalen (DRGs) waren ein wesentlicher Motor dieser Entwicklung. Das führte zu Arbeitsverdichtung und er-höhter Belastung in der Pflege. Viele Pflegefachkräfte haben ihre Arbeitsvolumen auf Teilzeit redu-ziert oder dem Beruf gleich ganz den Rücken gekehrt.

Besonders deutlich werden die Folgen der DRGs in den Kin-derkliniken. Berlin hat an neun Standorten 427 Betten für die Pädiatrie. Die stationäre Ver-sorgung von Kindern ist nicht profitabel, da bei Kindern mehr Arbeitsaufwand anfällt, den die Fallpauschalen nicht finanzia-ren. Eine pädiatrische Abteilung

wird zu einer ökonomischen Be-lastung für die Betreiber. Darum wurden in den letzten Jahren 40 Betten abgebaut. Die Kinder-rettungsstellen kompensieren Lücken in der kinderärztlichen Versorgung. Aktuell hat sich die Lage rapide verschlechtert durch Wellen von Influenza und RSV. Hohe Patientenzahlen, Mangel an Beatmungsgeräten und hohe Personalausfälle beschreiben den alltäglichen Wahnsinn.

Hauptansatzpunkt der geplan-ten Krankenhausreform ist die ökonomische Rettung der Kli-niken. Da von der Lage der Be-schäftigten nicht die Rede ist, wird sich für sie auch nichts zum Positiven verändern. Die Klinik-finanzierung in ihrer Gesamtheit wird nicht angetastet. Richtig ist derweil, vorgehaltene zusätzli-che Bettenkapazitäten zu finanzia-ren. Positiv ist es, die Pädiatrie aus dem DRG-System zu neh-men. Der ökonomischen Schief-lage soll vor allem durch Katego-risierung der Kliniken begegnet werden. Maximalversorger wie Charité und UKB werden nicht angetastet, ebensowenig – vor-erst jedenfalls – die Kliniken der Grundversorgung. Eine neue Ka-tegorie sollen Grundversorgende Kliniken ohne Rettungsstelle bil-

den, in denen Ärzte nicht ständig anwesend sind. Solcherart her-abgestufte Häuser werden eher den Charakter von Pflegeheimen haben. Eine weitere Kategorie stellen die fachspezialisierten Krankenhäuser dar, in denen kei-ne Grundversorgung mehr statt-finden soll.

Unter den Stichworten »Hy-brid-DRG« und »Tages-DRG« soll in vielen Bereichen die Verweil-dauer auf eine Nacht verkürzt werden oder komplett ambulant sein. Das hat für jüngere, weniger schwer erkrankte Patienten Vor-teile. Andere werden konfrontiert mit fehlender Nachsorge und privat zu bezahlenden Kranken-transportrechnungen.

Unterm Strich sehen wir den Versuch, die durch die DRGs ver-ursachte Krise vieler Kliniken durch Schließungen und Um-strukturierungen zu kanalisieren. In Frage steht die wohnortnahe Grund- und Notfallversorgung. Statt dessen entsteht ein Flickenteppich weit verteilter Angebote. Unter den Bedingungen des Fall-pauschalensystems heißt das: Profitable Behandlungsmöglich-keiten wird es zu viel, andere zu wenig geben. Schlecht für multi-morbide, alte Patienten. Die las-sen sich dann abschieben in billi-

gere Kliniken ohne Ärzte.

Obwohl in Berlin die Kranken-hausdichte ebenso wie die Bet-tenzahl unter dem Bundesdurchschnitt liegt, ist Bettenabbau und Kürzung bei der Versorgung ge-plant. Freiwerdendes Personal soll den Fachkräftemangel dämp-fen. Von Entlastung der Pfleger ist indes nirgends die Rede. Die halbherzig beschlossenen und umgesetzten Personalunter-grenzen sollen in Teilbereichen ausgesetzt werden. Und die Ge-setzesvorlage für eine Pflegeper-sonalregelung, die endlich Ent-lastung bringen sollte, wird dem Finanzierungsvorbehalt des Bun-desfinanzministers unterliegen.

Eine Lösung für ein bedarfsori-entiertes Gesundheitswesen sieht anders aus. Die Fallpauschalen müssen weg, statt dessen braucht es eine Finanzierung nach Be-darfsdeckungsprinzip. Alle Kli-niken müssen erhalten bleiben. Eine wohnortnahe Grundversor-gung muss bewahrt oder wieder geschaffen, Ausgründungen und Privatisierungen müssen rück-gängig gemacht werden. Gesund-heit darf nicht weiter eine Ware sein. Als soziales Menschenrecht sollten Krankenhäuser staatlich organisiert sein – unter demokra-tischer Kontrolle. **Klaus Schmidt**

Von Leo Schwarz

Die Errichtung der fa-schistischen Diktatur in Deutschland in den Wochen und Monaten nach der Machtübergabe an die NSDAP am 30. Januar 1933 war auch in Berlin untrennbar mit der systematischen Zerstörung der Ar-beiterbewegung verknüpft.

Bis dahin waren die Parteien der Arbeiterbewegung im »roten Ber-lin« die stärkste politische Kraft gewesen; die KPD hatte bei der letzten »freien« Reichstagswahl im November 1932 860.000 Stimmen in Berlin erhalten und lag damit vor NSDAP und SPD auf dem ers-ten Platz. Die Reichshauptstadt war 1932/33 – außerhalb der Sowjet-union – die Stadt mit den meisten organisierten Kommunisten in Eu-ropa: Etwa 31.000 Mitglieder wa-ren in etwa 900 Straßen- und 370 Betriebszellen erfasst.

Allerdings war – nach mehreren Jahren der Wirtschaftskrise, in der kommunistische Arbeiter in der Re-gel als erste entlassen worden wa-ren, und einer Gewerkschaftspoli-tik, die ungewollt zur Isolation der verbliebenen Genossen in den Be-trieben beigetragen hatte – gerade in den Großbetrieben der Einfluss der KPD vergleichsweise gering. Hierin liegt ein wesentlicher Grund dafür, dass es der Partei nach dem 30. Januar nicht gelang, aus eige-ner Kraft einen Generalstreik gegen die Naziregierung auszulösen – sie blieb in dieser entscheidenden Fra-ge auf die Kooperation der Führun-gen von SPD und Gewerkschaften angewiesen. Und die lehnten am 30. Januar den Streikaufruf der KPD ab; der SPD-Vorstand ließ bei dieser Gelegenheit erklären, den Kampf ausschließlich »auf dem Bo-den der Verfassung« führen zu wol-len. Er nahm damit die Kapitulation der Partei vor den Nazis vorweg.

Kämpferisches Potential war al-lemal vorhanden. Am 25. Januar 1933 waren bei klirrender Kälte rund 130.000 Menschen, darunter auch viele Sozialdemokraten, in ei-ner Demonstration am Sitz der KPD, dem Karl-Liebknecht-Haus, vorbeigezogen, um gegen einen von der Polizei geschützten SA-Aufmarsch auf dem Bülowplatz (heute Rosa-Luxemburg-Platz) zu protestieren, der drei Tage zuvor stattgefunden hatte. Als sich am 30. Januar die

Terror gegen Arbeiter



Nazis vor der KPD-Zentrale

Nachricht von der Ernennung Hit-lers zum Reichskanzler verbreitete, kam es vor allem in den Arbeiter-bezirken zu zahlreichen kleineren Spontandemonstrationen. Der gan-ze Februar war von einer intensi-ven, freilich von Tag zu Tag stärker eingeeengten Versammlungstätigkeit gekennzeichnet, die erst mit dem Reichstagsbrand am 27. Februar, den die Nazis für den Übergang zum offenen und flächendeckenden Terror gegen die Arbeiterparteien nutzten, zum Erliegen kam. Die SPD hielt ihre letzte große Kund-gebung unter freiem Himmel am 7. Februar im Lustgarten ab – hier kamen 200.000 Menschen, darun-ter sehr viele Kommunisten.

In den Wochen vor dem Reichs-tagsbrand hatten die immer selbst-sicherer agierenden SA-Trupps be-reits mehrere Kommunisten und Sozialdemokraten getötet – so in

der Nacht vom 3. auf den 4. Fe-bruar Erwin Berner, ein Mitglied des Kommunistischen Jugendver-bandes. Berner wurde bei dem Versuch niedergeschossen, einen SA-Angriff auf ein SPD-Lokal an der Ecke Fuldastraße/Weserstraße abzuwehren. Die Beisetzung Ber-ners und zweier weiterer Naziopter am 10. Februar 1933 führte zu der einzigen gemeinsam organisierten Demonstration von Kommunisten und Sozialdemokraten in jenen Wochen. Zehntausende Menschen demonstrierten an jenem Tag zum Friedhof in Friedrichsfelde. Aller-dings hatte auch hier lediglich die Neuköllner SPD eine offizielle De-legation geschickt; dass sich an den Gräbern Gabo Lewin, der Vorsitzen-de des KJVD in Berlin und Branden-burg, und Eberhard Hesse von der Berliner SAJ symbolisch die Hände reichten, blieb Episode (Hesse wur-

de wegen seiner damals oppositi-onellen Positionen im Frühjahr 1933 aus der SPD ausgeschlossen; nach dem Krieg gehörte er allerdings zum antikommunistischen Füh-rungskreis der Westberliner SPD).

Das legale Organisationsgeflecht der Arbeiterparteien und der Ge-werkschaften hatten die Nazis bis zum Sommer 1933 zerschlagen. In rund 170 Folterstätten (meist SA-Lokalen) und elf »wilden« Kon-zentrationslagern (etwa in der Friedrichstraße 234 oder am Was-serturn im Bezirk Prenzlauer Berg) wurden mindestens 30.000 Men-schen vorübergehend festgehalten. So setzte sich die Nazipartei, die ihre Wähler- und Mitgliederhoch-burgen bis zum Frühjahr 1933 im bürgerlichen Westen und Südwest-ten Berlins gehabt hatte, schließlich auch in den proletarischen Stadtbe-zirken durch.

DKP - Gruppentermine

Friedrichshain/Kreuzberg
Termin: Jeden zweiten und vierten Dienstag im Monat
Beginn: 19.30 Uhr im Cafe Commune, Reichenberger Straße 157, 10999 Berlin
Kontakt über: fabienne.trotier@gmail.com

Lichtenberg/Marzahn-Hellersdorf
Termin: Jeden ersten Montag im Monat
Beginn: 19.00 Uhr
Ort: ND-Haus, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Raum 551

Pankow
Termin: Jeden zweiten und vierten Montag im Monat
Beginn: 19.00 Uhr
Ort: Bar in der Brotfabrik, Caligaripl. 1, 13086 Berlin
Kontakt über: dkp-pankow@berlin.de

Neukölln
Termin: Jeden ersten Donnerstag im Monat
Beginn: 19 Uhr
Ort: KommTreff, Jonasstraße 29, 12053 Berlin

Tempelhof-Schöneberg
Termin: Jeden zweiten und vierten Donnerstag im Monat
Beginn: 19.00 Uhr
Ort: Leydicke, Mansteinstraße 4, 10783 Berlin

Treptow-Köpenick
Termin: Jeden letzten Mittwoch im Monat
Beginn: 18.00 Uhr
Kontakt über: treptow-koepenick@dkp-berlin.info

Wedding
Termin: Jeden zweiten und vierten Montag im Monat
Beginn: 19.30 Uhr
Ort: Linkstreff Malplaquetstraße 12 13347 Berlin
Kontakt über: info@dkp-wedding.de

Betriebsaktiv »Gesundheit«
Termin: Jeden dritten Mittwoch im Monat
Beginn: 18 Uhr
Ort: ND-Haus, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Raum 551

Spandau
Kontakt über: dkp-spandau@gmx.d

ANZEIGE

Jürgen Heiducoff
China: Die neue Militärmacht

Überall im Buchhandel und über www.eulenspiegel.com

edition ost

